

N i e d e r s c h r i f t B a u - , P l a n u n g s - u n d **U m w e l t a u s s c h u s s**

über die öffentliche Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am Dienstag, den 26.05.2020 um 19:30 Uhr im Sitzungssaal des Mehrzweckgebäudes.

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 20:15 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.02.2020, die heute aufliegt, werden keine Einwände erhoben, sie gilt als genehmigt (§ 24 Abs. 2 GeschO).

Vorsitzender: Erster Bürgermeister Peter Felbermeier

Anwesende Bettina Ahlrep
Gemeinderäte: Anton Bredl
 Ergun Dost
 Simon Käser
 Christina Meckel
 Ludwig Meier

Verwaltung: Elfriede Lechner

Vorsitzender:



Peter Felbermeier
Erster Bürgermeister

Schriftführer:



Elfriede Lechner

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Bauangelegenheiten**
 - 1.1 Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung eines Wohnhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück mit der FINr. 825/4 der Gemarkung Haimhausen**
 - 1.2 Antrag auf Baugenehmigung zur Errichtung eines Betriebsleiterwohnhauses mit Doppelgarage und Geräteraum auf dem Grundstück FINr. 1371 der Gemarkung Amperpettenbach**
- 2. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung "Nördlich des Amperbergs"**
- 3. Erneuerung der mechanischen Stufe in der Kläranlage**
- 4. Überprüfung der Dichtigkeit der Entwässerungskanäle in den Ortsteilen**
- 5. Sanierung / Neubau Kindergarten Prof.-Schinnerer-Str.**
- 6. Veröffentlichung Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Bauausschusses vom 17.02.2020**
- 7. Bericht des Bürgermeisters**
- 8. Wünsche und Anregungen**

Gemeinderatsmitglied Stefan Jänicke nahm als Gast an der Sitzung teil.

**Öffentliche Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom
26.05.2020**

Zahl der geladenen Mitglieder: 7

Zahl der Anwesenden: 7

Entschuldigt: 0

Nicht entschuldigt: 0

1. Bauangelegenheiten

**1.1 Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung eines Wohnhauses mit
Doppelgarage auf dem Grundstück mit der FINr. 825/4 der Gemarkung
Haimhausen**

Sachverhalt:

Der Verwaltung liegt ein Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung eines Wohnhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück mit der FINr. 825/4 der Gemarkung Haimhausen (zwischen Dachauer Str. 10 und Dachauer Str. 8) vor.

Das Gebäude ist als E+1 (ohne Angabe der Wandhöhe und Dachneigung) mit Satteldach geplant. Die Firstrichtung soll dabei entgegengesetzt zu den benachbarten Gebäuden ausgeführt werden. Gleichzeitig sind das Wohnhaus mit einer Länge von 16m und einer Breite von 8,5m und die Garage in den Ausmaßen von 6m x 6m geplant.

Das Grundstück liegt im sogenannten Innenbereich. Die Beurteilung des Vorhabens richtet sich somit nach § 34 BauGB. Danach ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben und das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.

Westlich des für die Bebauung vorgesehen Grundstücks grenzt das Grundstück FINr. 824/6 der Gemarkung Haimhausen an. Dieses befindet sich im Eigentum der Gemeinde Haimhausen und ist nicht als öffentliche Verkehrsfläche gewidmet.

In Art. 6 Abs. 2 BayBO ist geregelt:

Abstandsflächen müssen auf dem Grundstück selbst liegen. Sie dürfen auch auf öffentlichen Verkehrsflächen liegen, jedoch nur bis zu deren Mitte. Abstandsflächen dürfen sich ganz oder teilweise auf andere Grundstücke erstrecken, wenn rechtlich oder tatsächlich gesichert ist, dass sie nicht überbaut werden, oder wenn der Nachbar gegenüber der Bauaufsichtsbehörde schriftlich zugestimmt.

Das geplante Wohngebäude ist unter Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen zum Abstandsflächenrecht auf dem Baugrundstück zu positionieren.

Die Garage ist im Grenzausbau an der FI.Nr. 824/6 geplant. Grundsätzlich ist nach den rechtlichen Bestimmungen die Errichtung der Garage möglich. Damit für künftige Entwicklungen der gemeindlichen Fläche keine Einschränkungen entstehen, sollte die geplante Garage in einem Abstand von 1 m von der Grundstücksgrenze entfernt eingeplant werden.

Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage kommt die Verwaltung zum Ergebnis, dass sich das Vorhaben hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt. Vorliegend ist die Eigenart der näheren Umgebung ein Dorfgebiet, in dem Wohngebäude zulässig sind. Hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung fügt sich das Vorhaben ein, wenn sich bei der Wand- und Firsthöhe an den umliegenden Gebäuden orientiert wird. Bezüglich der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, fügt sich das Vorhaben nach Einschätzung der Verwaltung ebenfalls ein.

Die Erschließung ist grundsätzlich gesichert. Da das Grundstück jedoch an der Staatsstraße liegt und sich die Bushaltestelle direkt vor dem Grundstück befindet, ist das Staatliche Bauamt zu beteiligen. Sofern hinsichtlich der Zufahrt zum Grundstück eine Gehwegabsenkung des gemeindlichen Gehwegs erforderlich ist, kann dieser zugestimmt werden.

Seitens der Verwaltung wird angemerkt, dass im Antrag keine Angaben zu der Anzahl geplanter Wohneinheiten gemacht wurden. Vorliegend ist jedoch die gemeindliche Stellplatzsatzung anzuwenden, die die Anzahl der erforderlichen Stellplätze pro Wohneinheit und Wohnfläche regelt. In den Bauvorlagen ist lediglich eine Doppelgarage eingezeichnet. Der konkrete Stellplatzbedarf kann jedoch berechnet werden, wenn eine Wohnflächenberechnung vorliegt.

Ferner wird angemerkt, dass es sich bei den Abstandsflächen um ein bauordnungsrechtliches Kriterium handelt, dessen Einhaltung vom Landratsamt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geprüft wird.

Da sich in unmittelbarer Nähe des geplanten Vorhabens eine aktive Landwirtschaft befindet, ist hinsichtlich der Prüfung der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse die Immissionsschutzbehörde des Landratsamtes zu beteiligen. Hierbei handelt es sich ebenfalls um ein bauordnungsrechtliches Prüfungskriterium, dass seitens der Gemeinde nicht geprüft wird.

Beschluss Nr. 1:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss stimmt dem Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung eines Wohnhauses mit den Ausmaßen von 16m x 8,5m sowie einer Garage mit den Ausmaßen von 6m x 6m auf dem Grundstück mit der FINr. 825/4 der Gemarkung Haimhausen unter den Voraussetzungen zu,

- dass sich das geplante Wohngebäude mit seiner Wand- und Firsthöhe in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt,
- die Vorgaben der gemeindlichen Stellplatzsatzung beachtet werden,
- das Staatliche Bauamt beteiligt wird,
- die Bushaltestelle die entsprechend notwendige Berücksichtigung in der Planung findet,
- die Immissionsschutzbehörde des Landratsamtes zwecks Prüfung der Einhaltung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse beteiligt wird und die entsprechenden Anforderungen eingehalten werden
- die rechtliche Bestimmungen zu den Abstandsflächen eingehalten werden und
- zum Grundstück FINr. 824/6 ein Abstand von 1 m von Bebauung freigehalten wird.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

1.2 Antrag auf Baugenehmigung zur Errichtung eines Betriebsleiterwohnhauses mit Doppelgarage und Geräteraum auf dem Grundstück FINr. 1371 der Gemarkung Amperpettenbach

Sachverhalt:

Der Verwaltung liegt der Antrag auf Baugenehmigung zur Errichtung eines Betriebsleiterwohnhauses mit Doppelgarage und Geräteraum auf dem Grundstück FINr. 1371 der Gemarkung Amperpettenbach vor.

Das Wohnhaus ist im Ausmaß von 11,47 m x 11,17 m als E+I, Wandhöhe 5,96 m und einer Dachneigung von 22 Grad geplant. Nördlich des geplanten Gebäudes ist eine Doppelgarage mit angrenzendem Geräteraum mit den Maßen 8,98 m x 6,50 m vorgesehen.

Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich der Innenbereichssatzung „Oberndorf“.

Vorhaben im Ort beurteilen sich nach § 34 BauGB, sofern keine Regelungen in der Innenbereichssatzung getroffen wurden.

Folgende Befreiungen von der Innenbereichssatzung wurden beantragt:

Bauweise E+I anstatt E+D

In der Satzung wurden für die Bauweise von Wohngebäuden verschiedene Teilbereiche, abgegrenzt mit einer sog. „Knödelinie“ festgelegt.

Teilbereich 1: Bebauung E+D, Wandhöhe 3,50 m

Teilbereich 2: Bebauung E+I, Wandhöhe 5,80 m

Das für die Bebauung vorgesehene Grundstück befindet sich im Teilbereich 1.

Geplant ist ein Gebäude in der Bauweise E+I.

Wandhöhe

Die max. zulässige Wandhöhe bei einer Bauweise E+I liegt bei 5,80 m und definiert sich von der Oberkante Erdgeschossfußboden bis Oberkante Dachkonstruktion an der Traufe.

Beantragt wurde eine Wandhöhe von 5,96 m.

Max. Größe für Wohngebäude

Die max. Größe für Wohngebäude ist mit einer Breite von 10 m und einer Länge von 20 m festgelegt.

Die Breite Baukörpers ist mit 11,17 m geplant.

Dachneigung

Die Dachneigung der Gebäude kann zwischen 35 Grad bis 50 Grad liegen.

Beantragt wurde eine Dachneigung von 22 Grad.

Dachüberstände

Dachüberstände an Ortgang und Traufe sind laut Innenbereichssatzung unzulässig.

Vorgesehen ist am Ortgang ein Überstand von 0,30 m und an der Traufe von 0,50 m.

Dacheindeckung

Die Dacheindeckung ist mit roten bis rotbraunen Dachsteinen aus Ziegel oder Beton festgelegt.

Die Dacheindeckung soll beim künftigen Gebäude in der Farbe anthrazit ausgeführt werden.

Auf die Begründung der beantragten Befreiungen von den Antragstellern bzw. Bauherren wird verwiesen.

Von den Festsetzungen der Innenbereichssatzung kann befreit werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und

- die Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern oder
- die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
- die Durchführung der Innenbereichssatzung zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde

und wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist (§ 31 BauGB).

Die Bauweise E+I und E+D in den festgelegten Teilbereichen wurde bisher ausnahmslos umgesetzt. Eine Abweichung von diesem städtebaulichen Entwicklungsziel würde sich künftig auf den gesamten Ort auswirken. Eine atypische Situation ist hier nicht erkennbar. Bei Wohngebäuden in Ortsrandlage sowie Wohngebäuden im Kernbereich des Ortes wurde bisher die festgelegte Bauweise ausnahmslos umgesetzt. Aufgrund anderer vergleichbarer Vorgänge in der jüngeren Vergangenheit wäre bei Zustimmung zur beantragten Befreiung der Grundsatz der Gleichbehandlung hier nicht mehr gegeben.

In einer wertenden Gesamtbetrachtung der Situation kommt die Verwaltung zum Ergebnis, dass der Befreiung von der Bauweise i.V.m. der Wandhöhe nur zugestimmt werden kann wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt sind. Den Befreiungen zu Dachneigung, Gebäudemaßen, Dacheindeckung und Dachüberstand könnte entsprochen werden.

Beschluss Nr. 1:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss stimmt dem Antrag auf Baugenehmigung eines Betriebsleiterwohnhauses mit Doppelgarage und Geräteraum in Bezug auf die Bauweise E+I und der Wandhöhe von 5,96 m unter der Voraussetzung, dass die Grundzüge der Planung nicht berührt sind, zu. Den beantragten Befreiungen zu Dachneigung, Gebäudemaßen, Dacheindeckung und Dachüberstand wird das Einvernehmen erteilt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

2. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung "Nördlich des Amperbergs"

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 19.02.2020 beschlossen, dass im Rahmen der baulichen Entwicklung im Gebiet „Nördlich des Amperbergs“ eine (zusätzliche) Bürgerbeteiligung z.B. in Form einer Planwerkstatt stattfinden soll. Damit die Ergebnisse in den weiteren Prozess einfließen können, hat sich der Gemeinderat zudem dafür ausgesprochen, diese Beteiligung vor weiteren (planerischen) Schritten durchzuführen. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, entsprechende Angebote von Agenturen bzw. Büros einzuholen.

Seit März dieses Jahres gelten aufgrund der Corona-Pandemie diverse Beschränkungen, die aktuell sukzessive wieder gelockert werden. Da jedoch die weitere Entwicklung der Pandemie nicht prognostiziert werden kann, weiterhin Abstandsregelungen gelten und größere Menschenansammlungen vermieden werden sollen, kann die beschlossene Bürgerbeteiligung in Form der Planwerkstatt gegenwärtig nicht stattfinden. Ob und wann diese im Laufe des Jahres stattfinden kann, ist derzeit absolut ungewiss.

Damit die Planung nicht auf unbestimmbare Zeit stillgelegt wird, schlägt die Verwaltung folgendes vor:

In einem ersten Schritt werden die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Fragebogenaktion im Laufe des Sommers zu allgemeinen Themen befragt (z.B. zu gewünschten Wohnformen, Vorstellungen zu Leben und Wohnen im Baugebiet, Ideen für den Außenraum und Platzgestaltung, Verkehr etc.). Durch diese Form der Beteiligung wäre einerseits der geltenden Beschlusslage Rechnung getragen. Andererseits wäre diese unabhängig vom Verlauf der Corona-Pandemie und den diesbezüglich geltenden Beschränkungen auch momentan durchführbar. Zudem kann diese Fragebogenaktion als Grundlagenermittlung dienen und daher einen Mehrwert für die weitere Planung bringen.

Die Befragung soll hier über einen Einleger im Gemeindeblatt sowie einem dazugehörigen Artikel erfolgen. Auch eine Onlinebefragung ist sinnvoll, wenn die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Fragebogens wird die Einbeziehung des (neuen) Ortsentwicklungsreferenten hilfreich sein.

In einem zweiten Schritt könnte dann zu gegebenen Zeitpunkt beraten werden, ob das Gremium die Durchführung einer Planwerkstatt (mit einem externen Moderator) weiterhin befürwortet. Diese könnte dann aufbauend auf die Ergebnisse der Fragebogenaktion auch im Hinblick auf die bestehenden Rahmenbedingungen detaillierter und zielgerichteter vorbereitet werden.

Beschluss Nr. 1:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss spricht sich aufgrund der aktuellen Sachlage dafür aus, die beschlossene (zusätzliche) Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitverfahren „Nördlich des Amperbergs“ zunächst mittels Befragung zu allgemeinen Themen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 2:

Der gemeindliche Ortsentwicklungsreferent Herr Wiese wird aktiv in den Beteiligungsprozess eingebunden.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 3:

Nach Abschluss der Bürgerbefragung berät und entscheidet der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss auch im Hinblick auf die Entwicklung und Auswirkungen der Corona-Pandemie erneut über die Notwendigkeit und Durchführung einer (zusätzlichen) Planwerkstatt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

3. Erneuerung der mechanischen Stufe in der Kläranlage

Sachverhalt:

Die mechanische Stufe, welche das in die Kläranlage eingeleitete Abwasser von Sand und anderen Feststoffen reinigt, ist über 30 Jahre alt. Es häufen sich in den letzten 2 Jahren die Reparaturen an der mechanischen Stufe. Mittlerweile hat die Anlage einen Zustand erreicht, der als nicht mehr wirtschaftlich zu betrachten ist. So sind der Bodenförderer des Sandfangs und die Förderschnecke des Sandklassierers derart verschlissen das beim nächsten Schaden diese nicht mehr repariert werden können.

Bei der Erneuerung der mechanischen Stufe ist die zukünftige Auslegung der Kläranlage zu berücksichtigen. Hierfür ist ein geeignetes Ingenieurbüro zu ermitteln (auszuschreiben).

Beschluss Nr. 1:

Der Bau-, Planungs-, und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung für die Planung und Umsetzung (Lph 1-9) „Erneuerung der mechanischen Stufe“ ein geeignetes Ingenieurbüro auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

4. Überprüfung der Dichtigkeit der Entwässerungskanäle in den Ortsteilen

Sachverhalt:

Gemäß Entwässerungssatzung (EWS) sind alle Entwässerungskanäle (sowohl Schmutz-, Mischwasser-, aber auch Regenwasserkanaäle) im Abstand von 20 Jahren auf deren Dichtigkeit hin überprüfen zu lassen. Die Überprüfung als auch der Sanierung der öffentlichen Kanäle in Haimhausen selbst wurde 2017/2018 durchgeführt. Dies muss nun auch in den Ortsteilen erfolgen. Für die Ausschreibung und Abwicklung der Dichtigkeitsprüfung ist ein geeignetes Ingenieurbüro zu ermitteln.

Beschluss Nr. 1:

Die Verwaltung wird beauftragt Angebote für die Ausschreibung und Abwicklung der Dichtigkeitsprüfung der Ortsteile einzuholen.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

5. Sanierung / Neubau Kindergarten Prof.-Schinnerer-Str.

Sachverhalt:

In der gemeindlichen Liegenschaft in der Prof.-Schinnerer-Straße ist derzeit der BRK Kindergarten Tatü-Tata als auch die Kinderkrippe der Gemeinde Haimhausen untergebracht. Das Gebäude ist mittlerweile über 25 Jahre alt und in einem sanierungsbedürftigen Zustand. So ist z.B. die Dämmung der Gebäudehülle mehr als unzureichend, die Fenster marode und die Außenwände weisen massive Feuchtigkeitsschäden auf. Auch werden die Ausstattungen und die Raumaufteilung den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Zusätzlich sind die derzeit erforderlichen Räumlichkeiten zu klein. Die Verwaltung schlägt dem Gremium vor, ein Gutachten über den Zustand des Gebäudes als auch über den zukünftigen Anforderungen der Einrichtung erstellen zu lassen. Sollte durch das Ergebnis dieser Untersuchung festgestellt werden das die Sanierung- und Umbau bzw. Erweiterungskosten 80% der Kosten eines Neubaus erreicht oder gar übersteigt, können Förderungen für einen Neubau in Anspruch genommen werden.

Diskussionsverlauf:

Sollte sich im Gutachten herausstellen, dass ein Neubau förderfähig wäre, regte das Gremium eine alternative Standortuntersuchung an.

GRM Meckel würde die Durchführung einer Bedarfsermittlung für künftig erforderliche Krippen-, Kita- und Kindergartenplätze etc. für sinnvoll erachten. (Die Thematik wird zuständigkeitshalber im Sozial-, Kultur- und Bildungsausschuss weiter behandelt werden.)

Beschluss Nr. 1:

Es werden Angebote für ein Gutachten über den baulichen Zustand als auch über die zukünftigen Anforderungen eingeholt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

6. Veröffentlichung Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt-und Bauausschusses vom 17.02.2020

Beschluss Nr. 1:

Der Haupt- und Bauausschuss beurteilt für den in der letzten nichtöffentlichen Sitzung unter TOP 9 gefassten Beschluss, die Gründe der Geheimhaltung für weggefallen und beschließt deshalb entspr. Art. 52 Abs. 3 GO die Veröffentlichung.

Anmerkung:

Im Anschluss an die Beschlussfassung gab der Vorsitzende Beschlüsse zur Thematik

- Vergabe der Beleuchtungseinrichtung für den Radwegquerung an der B13/Hauptstraße

bekannt, die auch in der Anlage der Niederschrift beigelegt ist.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 (angenommen)

7. Bericht des Bürgermeisters

7.1 Möglichkeit der interkommunalen Klärschlammverwertung am Standort der GfA Geiselbullach

Sachverhalt:

Aufgrund der Corona Pandemie wurde der angedachte Vortrag des Herrn Dr. Jung und Herrn Dipl. Ing. Brühl von der GfA Geiselbullach am 23.03.2020 (Haupt- und Bauausschuss) abgesagt. Der Vortrag kann auf Wunsch zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Am 13.02.2019 fand die 2. Infoveranstaltung „Wie geht es weiter mit der Klärschlammentsorgung“ koordiniert durch die Vertreter der GfA A.d.ö.R. und des AmperVerband statt. Die anwesenden Verantwortungsträger der Kommunen und Kläranlagen der Landkreise Dachau und Fürstenfeldbruck einigten sich darauf, eine gemeinsame Machbarkeitsstudie mit dem Titel „Möglichkeit der interkommunalen Klärschlammverwertung am Standort der GfA Geiselbullach“ im Auftrag zu geben. Hintergrund dieser Entscheidung war die Novelle der Klärschlammverordnung (AbfKärV) aus dem Jahr 2017, wonach die rechtlichen Anforderungen an die zukünftige Klärschlammverwertung verschärft werden.

Ziel der Machbarkeitsstudie war es zu klären, ob der in den kommunalen Kläranlagen der Landkreise Dachau und Fürstenfeldbruck anfallende Klärschlamm am Standort des Abfallheizkraftwerks der GfA in Geiselbullach verwertet werden kann, und wenn ja, welche Verfahrensschritte und Technologien dafür geeignet sind. Zusätzlich wurden Studien geprüft, welcher neue Rechtsträger hinsichtlich

gesellschafts-, kommunal-, vergabe- sowie steuerrechtliche Aspekte für die Aufgabe der gemeinsamen Klärschlammverwertung geeignet sei.

Diese Studie liegt seit dem 31.01.2020 vor und wurde in der 3. Infoveranstaltung am 14.01.2020 vorgestellt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass ein regionales Management und eine ökologisch vorteilhafte Entsorgung der Klärschlämme in der Region zu den derzeit marktgängigen Kosten am Standort der GfA in Geiselbullach möglich ist, falls sich genügend kommunale Verantwortungsträger bereiterklären, ihre Klärschlammmengen in dieses gemeinsame System einzubringen. In diesem Fall wird die Gründung einer entsprechenden Organisation, wie z.B. eines Zweckverbands, empfohlen.

Um die weiteren Planungen nicht zu verzögern wurde die Absichtserklärung zum Beitritt in einem interkommunalen Verbund zur regionalen Verwertung des in Haimhausen anfallenden Klärschlammes durch Herrn 1. Bürgermeister Felbermeier zugestimmt. Diese Zustimmung stellt lediglich die positive Haltung der Gemeinde Haimhausen zu diesem Vorhaben dar.

Diskussionsverlauf:

Vom Gremium wurde mehrheitlich der Wunsch geäußert, dass ein Vortrag stattfinden soll.

8. Wünsche und Anregungen

Sachverhalt:

Keine Themen.

Ende der Sitzung.

